KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	11. September 2023
Kantonsratspräsidentin	Schmutz Judith

P 826 Postulat Candan Hasan und Mit. über eine klimaneutrale Fliegerei sowie Schiffs- und Bootsfahrt im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Franziska Rölli beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Ich möchte der Regierung und Ihnen ein Lob aussprechen. Wir haben es zusammen geschafft, den Klima- und Energiebericht fertigzustellen. Es ist ein guter Bericht geworden, und es liegt eine erste Zwischenevaluation vor. Nun können wir die Flughöhe anpassen, etwas tiefer fliegen und aufgrund der Politikkohärenz beginnen, die noch vorhandenen blinden Stellen anzugehen. Dazu gehören auch die Schiff- und Bootsfahrt sowie die Fliegerei. Die Regierung gibt mir in ihrer Stellungnahme recht, dass diese Bereiche noch nicht angegangen wurden. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir jetzt Massnahmen beschliessen und ein gewisses Verhalten einschränken. Die Betroffenen müssen mehr zur Kasse gebeten werden. Mir geht es nicht um die Schifffahrt, die Personen oder Waren transportiert, sondern vor allem um die Freizeitnutzung mit Sportbooten oder bei der Fliegerei beispielsweise um Heliskiing. Es gibt Verhaltensweisen, wie wir uns im Wasser oder in der Luft fortbewegen, die nicht mehr zeitgemäss sind und die wir hinsichtlich der Politikkohärenz steuern müssen. Ein Sportboot beispielsweise stösst im Vergleich zu einer Zugfahrt 23-mal mehr CO_2 aus und ein Flugzeug 3-mal mehr. Daher ist es angebracht, in gewissen Gebieten eine Verhaltensänderung zu erzwingen. Die Regierung weist auf die Schiffssteuer hin. Dort müssen wir auch Politikkohärenz schaffen. Es gibt Ausnahmen für eine Steuerbefreiung, das ist eine indirekte Subventionierung dieses Verhaltens. Das ist nicht erwünscht, und es macht auch volkswirtschaftlich keinen Sinn, wenn wir klimaschädliches Verhalten durch Steuererleichterungen subventionieren. Wir sollten auch eine Strategie definieren, was die Flugplätze angeht. Die Regierung hat hier keine Strategie. Der Flugplatz Beromünster hat zu einem Drittel der Stadt Luzern und zu zwei Dritteln dem Kanton gehört, und man hat ihn verkauft. Mit einer langfristigen Strategie hätte man diese Fläche beispielsweise in eine Fruchtfolgefläche umwidmen können. Es ist noch nicht zu spät, deshalb sollten wir uns überlegen, ob es sinnvoll ist, dass der Kanton in Emmen, Triengen, Beromünster und Pfaffnau eigene Flugplätze hat. Da der Platz knapp ist, müssen wir diese Verhaltensweisen hinterfragen. Die Stellungnahme der Regierung ist zwar nicht schlecht, aber zumindest eine teilweise Erheblicherklärung des Postulats wäre angebracht gewesen. Ich halte an der Erheblicherklärung fest.

Franziska Rölli: Auch wir sind der Meinung, dass im Bereich der Luftfahrt die Zuständigkeit beim Bund und bei den privaten Betreibern der Flugfelder liegt. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort ausführt, gibt es jedoch im Bereich der nichtkonzessionierten Schifffahrt, der Lastschifffahrt und des privaten Bootsverkehrs sehr wohl Möglichkeiten, wie der Kanton die Reduzierung des CO_2-Ausstosses aktiv unterstützen kann. So kann der Aufbau einer geeigneten Ladeinfrastruktur aktiv gefördert werden. Die vom Regierungsrat erwähnte steuerliche Bevorzugung von CO_2-armen Antrieben gilt laut § 6 des Gesetzes über die Schiffssteuer aktuell nur für die Kategorien Motor- und Segelschiffe. Hier kann der Kanton mit einer Ausdehnung dieses Grundsatzes auf die nichtkonzessionierte Schifffahrt und die Lastschifffahrt die Dekarbonisierung der Schifffahrt unterstützen. Damit dieses Potenzial näher abgeklärt und auch effektiv genutzt wird, beantragt die GLP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Wir bitten Sie, unserem Antrag zu folgen.

Thomas Meier: Hasan Candan hält in seinem Postulat fest, dass die Massnahmen für die Schifffahrt und die Fliegerei im Klimabericht keine Erwähnung finden. Er fordert die Regierung auf, eine Strategie auszuarbeiten. Wir sind der Meinung, dass zuerst die grossen klimaschädigenden Emittenten wie Ölheizungen, der Individualverkehr auf der Strasse sowie die Industrie und die Landwirtschaft in Angriff genommen werden sollten, bevor wir die Verwaltung mit einer Strategie für einen so kleinen CO_2-Verursacher beauftragen. Es ist auch aus technischer Sicht sehr schwierig, dass die beiden Bereiche Luft- und Schifffahrt, die viel Kraftübertragung benötigen, CO_2-frei werden. Das sehen wir auch in der internationalen Luftfahrt wie auch bei der Fracht- und Passagierschifffahrt. Weiter wird der Elektrobetrieb bei der Schiffssteuer bevorzugt. Auf den Luzerner Seen sind diese Bootsplätze sehr stark limitiert, und es bestehen jahrelange Wartelisten. Dort kommt es nicht wie beim Individualverkehr zu einer Zunahme. Die Binnenschifffahrt im Kanton Luzern stösst gemäss dem Geschäftsbericht der Schifffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees (SGV) 5500 Tonnen CO_2 aus. Das entspricht 0,3 Prozent des gesamten Ausstosses des Kantons Luzern. Mit den verschiedenen Massnahmen aus dem Klima- und Energiebericht erreichen wir also weit mehr. Das Anliegen des Postulanten können wir in fünf Jahren aufnehmen, wenn der Klima- und Energiebericht überarbeitet wird und die Technik allenfalls weiter fortgeschritten ist. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Willi Knecht: Hasan Candan fordert eine CO_2-neutrale Fliegerei und Schiff- und Bootsfahrt im Kanton Luzern. Die SVP-Fraktion teilt grundsätzlich die Haltung der Regierung und lehnt das Postulat ab. Die Regierung schreibt zu Recht, dass der Militärflugplatz Emmen in der Verantwortung des Bundes liegt und die Flugfelder Luzern, Beromünster und Triengen sowie der Heliport Pfaffnau von geringer Bedeutung sind. Zudem ist der Bund für die ganze Klimastrategie im Bereich der Zivilluftfahrt zuständig. Weiter wird bei der Besteuerung von nichtkonzessionierten Motor- und Segelschiffen schon heute zwischen Schiffen mit Verbrennungsmotoren und mit elektrischen Antrieben unterschieden. Die Regierung möchte im Rahmen der geplanten periodischen Berichterstattung und der Aktualisierung des Klima- und Energieberichtes prüfen, mit welchen Massnahmen die klimaneutrale Binnenschifffahrt im Kanton Luzern gefördert werden kann. Aus unserer Sicht ist die Schifffahrt aber bereits heute innovativ unterwegs. Die neusten Schiffe verfügen über einen Hybridantrieb, und die SGV-Gruppe hat kürzlich mitgeteilt, dass sie den Anteil von fossilen Treibstoffen reduzieren möchte. Bei Dampfschiffen werden beispielsweise dampfbetriebene Turbinen durch Generatoren ersetzt. Das Motorschiff Rütli wird bereits im kommenden Winter elektrifiziert. Deshalb ist die SVP-Fraktion klar der Meinung, dass es heute und auch künftig kein unnötiges Strategiepapier mit Massnahmen braucht, welche der Schifffahrt keinen Mehrwert bringen und die Verwaltung und Schifffahrt nur unnötig beschäftigen.

Hanspeter Bucheli: Die Fliegerei im Kanton Luzern klimaneutral zu machen, wäre wahrscheinlich ein etwas seltsames Ziel, finden doch 90 Prozent der CO_2-Emmissionen aller in der Schweiz gestarteten Flüge im Ausland statt. Natürlich befindet sich kein internationaler Flughafen im Kanton Luzern. Aber dennoch ist hier die territoriale Sicht der falsche Ansatz. Somit ist der Kanton sicher die falsche Staatsebene, um das CO_2-neutrale Fliegen anzugehen. Bei der Schifffahrt geht es etwas gemächlicher zu und her. Aber selbst der Vierwaldstättersee erstreckt sich über vier oder fünf Kantone. Auch da wäre die territoriale Sicht undurchsichtig. Die Regierung offeriert im Rahmen der periodischen Berichterstattung des Klima- und Energieberichtes, Massnahmen zu präsentieren, wie die Binnenschifffahrt klimaneutral gemacht werden kann. Die Mitte-Fraktion ist mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden und lehnt das Postulat ab.

Korintha Bärtsch: In der Klima-Session 2019 hat unser Rat eine Standesinitiative überwiesen. Priska Wismer-Felder hat damals die Einführung einer CO_2-Abgabe auf Flugtickets gefordert. Die Forderung wurde im Rahmen des CO_2-Gesetzes aufgenommen. Der Kanton Luzern hatte also grossen Einfluss auf diese Debatte. Ich war damals von der Progressivität unseres Rates einigermassen beeindruckt, wurde aber in den letzten vier Jahren eher wieder enttäuscht, denn es ging nicht so weiter. Damals aber haben wir das Zepter in die Hand genommen und sind mit unseren Forderungen beim Bund vorstellig geworden. Wenn wir uns einig würden, könnten wir das wieder schaffen. Bei der Schifffahrt sieht die Ökobilanz etwas anders aus, beispielsweise beim Transport von Kies mithilfe von Nauen. Ein Nauen ist bezüglich Ökobilanz immer um einiges besser als der strassen- oder schienengebundene Verkehr, weil die benötigte Infrastruktur, also die Strasse oder die Schiene, nicht berücksichtigt wird. Beim Verbrennungsmotor des Nauens sieht es aber etwas anders aus. Dieser Antrieb sollte auch klimaneutral werden. Wenn mehr Freizeitboote elektrisch betrieben wären, gäbe es bezüglich Lärmschutz Synergien. Die Motorboote verursachen Lärm und eine grosse Luftverschmutzung. Zudem riechen die Verbrennungsmotoren sehr stark. Der Regierungsrat erkennt den Handlungsbedarf bei der klimaneutralen Binnenschifffahrt. Es wäre deshalb folgerichtig, dass er auch die teilweise Erheblicherklärung des Postulats beantragt. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Wir sind der Ansicht, dass der Kanton sowohl in der Fliegerei als auch in der Schifffahrt etwas erreichen kann.

Thomas Gfeller: Der Regierungsrat soll aufzeigen, wie eine CO_2-neutrale Fliegerei sowie Schiff- und Bootsfahrt erreicht werden können. Diese Frage ist eigentlich relativ schnell beantwortet: indem die Fliegerei und die Schifffahrt mit karbonisiertem Antrieb schlicht und einfach verboten werden. Weiter verlangt das Postulat, dass Massnahmen aufgezeigt werden sollen, wie im Kanton Luzern eine CO_2-neutrale Fliegerei und Schifffahrt erreicht werden kann. Ich schliesse daraus, dass es somit nur um den Kanton Luzern geht. Der Vierwaldstättersee grenzt mindestens an vier Nachbarkantone. Gelten dort andere Vorschriften? In der Fliegerei ist es noch etwas kurioser. Gelten auf den Flughäfen Buochs und Alpnach andere Parameter als im Kanton Luzern, und muss der Kanton Luzern umflogen werden? Ist es richtig, einen solchen Prüfauftrag von einer kantonalen Regierung zu fordern? Der Regierungsrat ist gleicher Meinung wie die SVP-Fraktion, dass es nämlich nicht nötig ist. Solche Beschlüsse müssen auf nationaler Ebene erfolgen, wenn sie eine globale Wirkung erzielen sollen. Wie solche Beschlüsse dann aber umgesetzt werden, sehen wir momentan an praktischen Beispielen. Die Strom- und Lebenshaltungskosten steigen ins Unermessliche, und die Parteien und Parlamente schnüren Hilfspakete, um die Bevölkerung vor den explodierenden Kosten zu schützen. Klimaschutz – egal, was er kostet und ob man sich diesen leisten kann. Klimaschutz ist eine teure Angelegenheit und trifft uns alle. Der Infrastrukturaufbau kostet enorm viel.

Diese Mittel müssen zuerst erwirtschaftet und danach bereitgestellt werden. Scheinbar haben das aber noch nicht alle begriffen. Aus der Vergangenheit sollten Lehren gezogen werden, das scheint aber offenbar nicht der Fall zu sein. Wir befassen uns mit diesem Postulat mit einem Mikroanliegen, das umwelttechnisch null bis gar keinen Einfluss hat, und haben das Gefühl, dass wir mit unserer kantonalen Insellösung etwas Gutes tun. Wir sind mit der Stellungnahme des Regierungsrates einverstanden. Es braucht keine zusätzliche Strategie oder keinen separaten Bericht für die Schifffahrt. Warten wir auf das Update aus dem Klima- und Energiebericht und entscheiden dann, wie es weitergeht. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Hasan Candan: Ich bin sehr überrascht von der Haltung gewisser Parteien, vor allem von der FDP-Fraktion. Heute Morgen haben Sie ein dringliches Postulat zur Energiewende eingereicht. Mit meinem Postulat hätten Sie eine Chance dazu, nehmen diese aber nicht wahr. Das zeigt mir, dass die FDP-Fraktion in der Klima- und Umweltpolitik sehr inkonsequent ist.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Im Rahmen unseres Planungsberichtes über die Klima- und Energiepolitik konzentrieren wir uns aktuell auf die Defossilisierung des Individualverkehrs auf dem Land und des öffentlichen Verkehrs (öV). Dazu gehört auch die konzessionierte Binnenschifffahrt, wobei es klar ist, dass wir den grossen Hebel beim öV und beim motorisierten Individualverkehr (MIV) ansetzen. Im Bereich der Luftfahrt und der privaten Schifffahrt sind aktuell keine Massnahmen vorgesehen. Das überschreitet auch teilweise unsere Kompetenzen als Kanton. Massnahmen in der kantonalen Luftfahrt erachten wir aufgrund der Grösse als nicht zielführend, denn sowohl der Militärflugplatz Emmen als auch die Klimastrategie für die Zivilluftfahrt liegen in der Verantwortung des Bundes. Private Motor- und Segelschiffe mit elektrischem Antrieb bezahlen immerhin bereits heute nur den Grundtarif. Zudem sind die Verteilung der Kompetenzen sowie die Abgrenzung gegenüber den anderen Kantonen wichtig, beispielsweise beim Vierwaldstättersee. Was mir aber wichtig ist: Bei der nächsten Berichterstattung und Aktualisierung des Planungsberichtes Klima- und Energie müssen wir überprüfen, was die nächsten Massnahmen sind und wo wir in der Umsetzung stehen. Wir haben vor Kurzem öffentlich gemacht, welche Indikatoren wir für das Monitoring des Planungsberichtes anwenden. Wir sind bei vielen Punkten auf Kurs, aber nicht bei allen. Wir werden jährlich Bericht erstatten und den nächsten Planungsbericht Klima- und Energie mit Ihrem Rat aushandeln. Deshalb erscheint es uns nicht zielführend, hier eine separate Strategie zu erarbeiten. Daher bitte ich Sie, das Postulat im Sinn meiner Ausführungen abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 82 zu 27 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 77 zu 33 Stimmen ab.